

Ukraine könnte Europa zerreißen

Doug Bandow

Letzte Woche haben die USA und Europa auf dem G7-Treffen und dem NATO-Gipfel lautstark ihre immerwährende Unterstützung für die Ukraine verkündet. Bislang fließen weiterhin Geld und Waffen nach Kiew.

Doch so wie die Befürworter der Ukraine von der entschlossenen Verteidigung des Landes gegen die russische Aggression angenehm überrascht waren, sind sie zunehmend unzufrieden mit dem Scheitern der Sanktionen, die Moskaus Wirtschaft zerstören sollten. Der Versuch, die russischen Energieexporte zu unterbinden, hat sich als besonders kontraproduktiv erwiesen, da er die europäischen Volkswirtschaften verlangsamt und gleichzeitig die weltweiten Energiepreise und die Exporteinnahmen Moskaus in die Höhe getrieben hat.

Obwohl die USA keine nennenswerten Handelsbeziehungen zu Russland unterhalten, leiden die Amerikaner ebenfalls unter den hohen Energiepreisen. Die Biden-Administration gibt allen und allem die Schuld, nur nicht sich selbst und ihren Bemühungen, russisches Erdöl und Erdgas vom internationalen Markt zu verdrängen – nachdem frühere Regierungen dasselbe mit iranischen und venezolanischen Lieferungen getan haben.

Präsident Joe Biden scheint bereit zu sein, im November eine Wahlniederlage zu riskieren. Er erklärt dem amerikanischen Volk, dass es ihm wichtiger ist, Moskau zu bestrafen als die Amerikaner zu schützen. Letzte Woche sagte er, die Amerikaner müssten die Rekordgaspreise zahlen, „solange es dauert“, um Russland zu demütigen, was bei diesem Tempo ewig dauern könnte, oder zumindest bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt, was zunehmend wie Januar 2025 aussieht.

Die europäischen Politiker könnten jedoch nicht so lange warten, bis sie von ihrer derzeitigen Politik abrücken. Trotz der entschlossenen Bemühungen, eine einheitliche öffentliche Front aufrechtzuerhalten, schwindet die Unterstützung für einen Wirtschaftskrieg gegen Moskau, je weiter man sich in Europa nach Westen bewegt. Noch ist keine Regierung bereit, öffentlich aus der Reihe zu tanzen, aber Vorschläge für eine weitere Runde von Sanktionen scheinen tot zu sein.

Der wachsende Widerstand ist Ausdruck der wirtschaftlichen Probleme des Kontinents. Viele Länder sind angeschlagen. Italiens Regierungskoalition ist durch die Spaltung der Fünf-Sterne-Bewegung wegen der Unterstützung für die Ukraine [unter Druck geraten](#). Bemerkenswert ist auch die Notlage Deutschlands mit seiner starken Abhängigkeit von russischer Energie, seiner beispiellosen Dreier-Koalitionsregierung und der versprochenen militärischen Aufrüstung. Vor einigen Tagen warnte Yasmin Fahimi, die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Ganze Branchen drohen wegen der Gas-Engpässe dauerhaft zusammenzubrechen: Aluminium, Glas, die chemische Industrie.“

Man fragt sich: Wer bestraft hier wen?

Die Zerrissenheit der Alliierten zeigt, wie wichtig ein schnelles Ende des Krieges ist. Natürlich ist es Sache der Ukraine, zu entscheiden, wie lange und zu welchem Zweck sie kämpfen will, aber die Verbündeten sollten ihre Unterstützung so bemessen, dass sie ihren Interessen, nämlich dem

Frieden, gerecht wird. Letztlich sind sie ihrem Volk gegenüber verantwortlich, und kein Thema ist heute wichtiger.

Die anfänglichen Sanktionen profitierten von einer Welle der Unterstützung der Bevölkerung für Kiew, die durch die energische Führung von Präsident Zelensky und die Standhaftigkeit der Ukrainer unter Beschuss noch verstärkt wurde. Nach fast fünf Monaten hat die öffentliche Begeisterung jedoch nachgelassen. Und erste Zweifel sind wieder aufgekommen.

Spaltungsstudie

Im vergangenen Monat veröffentlichte der Europäische Rat für Auswärtige Beziehungen (ECFR) eine [detaillierte Studie](#) über die Spaltung zwischen denjenigen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Die Umfrage wurde im Mai durchgeführt, als „sich die öffentliche Debatte von den Ereignissen auf dem Schlachtfeld abwandte und sich auf die Frage konzentrierte, wie der Konflikt enden wird und welche Auswirkungen er auf das Leben der Menschen, auf ihre Länder und auf die EU hat. Es war auch ein Moment, in dem sich die Europäer der globalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges viel stärker bewusst wurden: hohe Inflation, Energie- und Nahrungsmittelkrisen“.

Zu Beginn des Krieges haben die europäischen Staats- und Regierungschefs heldenhaft posiert und die bevorstehenden Schwierigkeiten abgetan. Damit ist jetzt Schluss, zumal die Sanktionen dem Westen offenbar mehr schaden als Moskau. Langfristig wird die russische Wirtschaft wahrscheinlich unter dem begrenzten Zugang zu Halbleiterchips und anderen wichtigen Technologien sowie unter der Abwanderung junger Menschen leiden. Diese Möglichkeit ist jedoch ein schwacher Trost für die Europäer, die bald arbeitslos werden könnten.

In der Tat, so der ECFR, werden die Regierungen gezwungen sein, das Streben nach europäischer Einheit beim Druck auf Moskau mit Meinungen in Einklang zu bringen, die sowohl innerhalb der Mitgliedsstaaten als auch zwischen ihnen divergieren. Die Umfrage zeigt eine wachsende Kluft zwischen den erklärten Positionen vieler europäischer Regierungen und der öffentlichen Stimmung in ihren Ländern. Die sich abzeichnende große Kluft besteht zwischen denjenigen, die den Krieg so schnell wie möglich beenden wollen, und denjenigen, die weiterkämpfen wollen, bis Russland besiegt ist.

Vor allem in den westeuropäischen Staaten wächst die Unzufriedenheit. So glauben mehr als ein Viertel der Italiener und etwa ein Fünftel der Franzosen und Deutschen sowie der Rumänen, dass die Verantwortung für den Krieg in erster Linie bei der Ukraine, der EU oder Amerika liegt. Auf die Frage, wer das größte Hindernis für den Frieden sei, nennen mehr als ein Drittel der Italiener, ein Viertel der Franzosen und Rumänen und ein Fünftel der Deutschen die Ukraine, die EU oder die USA.

Obwohl diese Zahlen zeigen, dass Andersdenkende nach wie vor eine deutliche Minderheit sind, nimmt ihr Einfluss in den größten und einflussreichsten Ländern des Kontinents zu. Trotz der starken Unterstützung der Kiewer Elite, die sich bemüht, so gut wie alles Russische, einschließlich abweichender politischer Meinungen, aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen.

Selbst viele Menschen, die Moskau die Schuld an der unverhohlenen Aggression geben, halten es für entscheidend, den Krieg schnell zu beenden. In der Tat würden sie sich eher auf die Wiederherstellung des Friedens als auf die Verfolgung der Gerechtigkeit konzentrieren. Erklärt der ECFR:

Theoretisch sind sich alle europäischen Regierungen darin einig, dass es den Ukrainern obliegt, zu entscheiden, wann der Krieg beendet wird und wie der Frieden aussehen soll. Doch in der Umfrage zeigen sich deutliche Unterschiede, wenn die Wähler entscheiden, ob Europa versuchen sollte, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden – auch wenn dies bedeutet, dass die Ukraine Zugeständnisse machen muss – oder ob das wichtigste Ziel darin besteht, Russland für seine Aggression zu bestrafen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen – auch wenn ein solcher Weg zu einem langwierigen Konflikt und mehr menschlichem Leid führt.

Insgesamt ergab die Umfrage, dass

- 35 Prozent der Befragten dem „Friedenslager“,
- 22 Prozent dem „Gerechtigkeitslager“ und
- 20 Prozent den „Wechselwählern“

zuzurechnen sind, die Gerechtigkeit wollen, aber eine Eskalation befürchten und sich daher in beide Richtungen bewegen könnten. Die geografischen Unterschiede waren erheblich:

	Friedenslager	Gerechtigkeit	Wechselwähler
Italien	52	16	8
Deutschland	49	19	14
Rumänien	42	23	10
Frankreich	41	20	13
Polen	16	41	25

Geringere Mehrheiten betonten den Frieden in Schweden, Spanien, Portugal, Finnland und sogar im Vereinigten Königreich. Von den zehn befragten Ländern gab es nur in Polen eine Mehrheit von 41 Prozent im Gerechtigkeitslager, verglichen mit 16 Prozent im Friedenslager und 25 Prozent als Wechselwähler.

Die Spaltungen werden sich mit der Zeit wahrscheinlich noch vertiefen. Der ECFR stellt fest: „Wenn sich der Konflikt in der Ukraine zu einem langen Zermübungskrieg entwickelt, besteht die Gefahr, dass er zur wichtigsten Trennlinie in Europa wird. Und wenn die politischen Führer nicht sorgfältig mit diesen unterschiedlichen Standpunkten umgehen, könnte dies das Ende der bemerkenswerten Einheit Europas bedeuten.“ Und es ist wahrscheinlicher, dass die Wechselwähler zum Friedenslager überwechseln als zum Gerechtigkeitslager, da sie und ihre Länder unter größeren wirtschaftlichen Problemen leiden.

Die parteipolitische Aufteilung ist kompliziert. Ausführlicher ECFR: „In Bezug auf die Parteipolitik könnte man annehmen, dass die Wähler der Rechten eher dem Lager der Gerechtigkeit angehören als die Wähler der Linken. Aber diese Regel gilt nur selten in vollem Umfang. In Deutschland dominiert die Friedenspräferenz sowohl bei den Wählern der CDU/CSU als auch bei den Wählern

der Sozialdemokraten, während die Grünen unter den großen Parteien die größte Zahl von Wechselwählern haben. Die Meinungs-/Parteienunterschiede variierten von Land zu Land.“

Für den Frieden zu sein, bedeutet natürlich nicht, Russland zu unterstützen. Viele Befragte machen sich Sorgen über die Auswirkungen des Konflikts auf die Ukraine. Bisher hat das ukrainische Volk viel mehr gelitten, nicht nur mit Tausenden von getöteten und verwundeten Militärangehörigen, sondern auch mit einer zerstörten Wirtschaft, einer von Hilfe abhängigen Regierung, massiven sozialen Verwerfungen, Millionen von Vertriebenen und mehreren in Schutt und Asche gelegten Städten.

Der ECFR berichtet: „Während sowohl das Friedens- als auch das Gerechtigkeitslager darin übereinstimmen, dass Russland und die Ukraine als Ergebnis dieses Krieges schlechter dastehen werden, glaubt das Gerechtigkeitslager, dass vor allem Russland „viel schlechter dastehen wird“, während die Mitglieder des Friedenslagers vorhersehen, dass die Ukraine von beiden mehr leiden wird. Einige Mitglieder des Friedenslagers wünschen sich daher vielleicht ein Ende des Krieges, weil sie der Meinung sind, dass er der Ukraine zu viel Leid zufügt.“

Die Befürworter des Friedens machen sich auch mehr Sorgen über die Auswirkungen auf die EU und vermutlich auch auf ihre eigenen Länder. Insgesamt zeigten sich 61 Prozent der Befragten besorgt über die höheren Lebenshaltungskosten, einschließlich der Energiepreise, und die Möglichkeit, dass Moskau Atomwaffen einsetzen könnte. Eine geringere Anzahl machte sich Sorgen über den möglichen Einsatz von Chemiewaffen durch Russland, eine Ausweitung der Aggression und Cyberangriffe sowie über einen möglichen wirtschaftlichen Abschwung und den Verlust von Arbeitsplätzen.

Insgesamt waren 42 Prozent der Befragten der Meinung, dass dem Krieg im Vergleich zu innenpolitischen Problemen zu viel Aufmerksamkeit geschenkt wird; 36 Prozent hielten die Politik für richtig. Nur eine verschwindend geringe Zahl war der Meinung, dass die Regierungen zu wenig für die Ukraine tun. Sogar einige derjenigen, die der Gerechtigkeit den Vorzug vor dem Frieden gaben, waren der Meinung, dass ihre Regierungen dem Konflikt zu viel Aufmerksamkeit schenkten.

Rumänien führt die Liste mit 58 Prozent an, die der Meinung sind, dass sich ihre Regierung zu sehr auf dieses Thema konzentriert. Erstaunlicherweise waren 52 Prozent der Polen der gleichen Meinung. Das Gleiche gilt für 48 Prozent der Italiener. Auch in Spanien, Frankreich und Deutschland gab es Mehrheiten. In Portugal und dem Vereinigten Königreich kehrten sich die Zahlen nur geringfügig um, während sie in Schweden deutlich höher ausfielen. Nur in Finnland war die Öffentlichkeit mit 60 Prozent der Befragten, die die derzeitige Politik befürworten, überwiegend zufrieden.

Die europäische Uneinigkeit wird wahrscheinlich noch größer werden, wenn die Ukraine den Sieg über Russland anstrebt. Dies würde einen längeren, intensiveren Krieg mit erhöhtem Eskalationsrisiko erfordern. Der ECFR befürchtet, dass „die meisten Europäer die EU schon jetzt als großen Verlierer des Krieges sehen, anstatt ihre relative Einigkeit als Zeichen einer stärkeren Union zu werten“.

Russland ist im Unrecht und sollte nicht von seinen Verbrechen profitieren. Aber die Fortsetzung des Krieges ist ein zu hoher Preis für die Suche nach Gerechtigkeit, wie auch immer sie definiert wird. Frieden ist von entscheidender Bedeutung – für die USA und Europa und insbesondere für die Ukraine, die die größte Last des Konflikts zu tragen hat.